

## Entwicklungspolitischer Rundbrief Nr. 18/15

### Heike Hänsel

MdB DIE LINKE, entwicklungspolitische Sprecherin,  
Vorsitzende des Unterausschusses Vereinte  
Nationen, Internationale Organisationen und  
Globalisierung im Auswärtigen Ausschuss



### Niema Movassat

MdB DIE LINKE, Sprecher für Welternährung und  
Obmann im Ausschuss für Wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und Entwicklung



**Berlin, den 28.5.2015**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

am 7. und 8. Juni treffen sich die Staatschefs von Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Kanada und der USA als „G7“ im bayerischen Schloss Elmau. In den G7-Treffen drückt sich die Anmaßung aus, die sieben „größten“ Industrieländer (die das schon lange nicht mehr sind) hätten irgendeine Befugnis, in einer Art Weltregierung zentrale Fragen der globalen Entwicklung zu beraten. G7 waren mal G8, doch mit dem Ausschluss Russlands wurde noch deutlicher, was viele an G7 kritisieren: Dass es ihr darum geht, einseitige wirtschaftliche und geostrategische Interessen gegen den Rest der Welt durchzusetzen.

Auch wenn die G7 ihren Gipfel auch dieses Mal wieder entwicklungspolitisch bemänteln, so sind doch alle G7-Staaten an den großen Freihandelsprojekten beteiligt, die derzeit vorbereitet werden: TTIP (EU-USA), CETA (EU-Kanada), TPP (USA-Ostasien) und das Dienstleistungsabkommen TISA werden zugunsten der Konzerne und gegen die Interessen der Lohnabhängigen, der Verbraucher, gegen Umweltschutz und Demokratie vorangetrieben – und zum Schaden der Länder des Südens. Dazu kommt: Von Afghanistan über Irak und Syrien bis Libyen hat die kriegerische Außenpolitik der G7-Staaten in den Ländern des Südens Verwüstung und millionenfaches Leid verursacht. Zu diesem Gipfel sagen wir: Nein! Die Linksfraktion im Bundestag beteiligt sich am Protest gegen das Fossil G7. Wir halten unsere Alternativen dagegen: für ein gerechtes Weltwirtschaftssystem, für eine friedliche Außenpolitik, für mehr Demokratie statt Konzernmacht und Repression.

Heike Hänsel, Niema Movassat, Alexander King, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

## **Inhalt dieser Ausgabe:**

### **G7 (ab S. 3)**

Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE (19.5.2015) zu der Abgabe einer Regierungserklärung zum Gipfel „Östliche Partnerschaft“ am 21./22. Mai 2015 in Riga, zum G7-Gipfel am 7./8. Juni 2015 in Elmau und zum EU-Celac-Gipfel am 10./11. Juni 2015 in Brüssel

Rede von Gregor Gysi (21.5.2015): Warum hatten Sie nicht den Mumm, Herrn Putin zum G7-Gipfel einzuladen?

Rede von Niema Movassat (21.5.2015): UN-Staateninsolvenzverfahren jetzt einführen!

Veranstaltungshinweis (4.6.2015): Fraktion DIE LINKE vor Ort bei den G7-Protesten

### **EU-Lateinamerika-Gipfel (ab S. 13)**

Antrag der Fraktion DIE LINKE (5.5.2015): EU-Lateinamerika-Gipfel: Beziehungen auf gegenseitigem Respekt begründen

Rede von Heike Hänsel (7.5.2015): Wir haben etwas von den LateinamerikanerInnen zu lernen

Rede von Heike Hänsel (21.5.2015): Ayotzinapa, Spitze des Eisbergs brutalster Menschenrechtsverletzungen in Mexiko

### **Weltgesundheit (ab S. 20)**

Rede von Niema Movassat (21.5.2015): Armutsindizierte Krankheiten wirksam bekämpfen heißt Armut bekämpfen

**G 193 statt G7**

**Entschließungsantrag der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Klaus Ernst, Jan van Aken, Christine Buchholz, Eva Bulling-Schröter, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Nicole Gohlke, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Alexander Ulrich, Harald Weinberg und der Fraktion DIE LINKE.**

**zu der Abgabe einer Regierungserklärung zum Gipfel „Östliche Partnerschaft“ am 21./22. Mai 2015 in Riga, zum G7-Gipfel am 7./8. Juni 2015 in Elmau und zum EU-Celac-Gipfel am 10./11. Juni 2015 in Brüssel**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 7. und 8. Juni 2015 treffen sich die Staatsoberhäupter von Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Kanada und der USA als „G7“ im bayerischen Schloss Elmau. Wie seit den Protesten gegen den G8-Gipfel in Genua 2001 üblich, ziehen sich die Staatsoberhäupter in ein entlegenes Idyll zurück – fernab der Probleme der Menschen, die sie regieren, und fernab der zu erwartenden Proteste. In den G7-Treffen drückt sich die Anmaßung aus, die großen westlichen Industrieländer seien befugt, Entscheidungen zu zentralen Fragen der globalen Entwicklung zu treffen.

Durch den Ausschluss Russlands wurde das Format von G8 auf G7 verkleinert. Damit wurde noch deutlicher, dass es der G7 in erster Linie um die Durchsetzung einseitiger wirtschaftlicher und geostrategischer Interessen gegen den Rest der Welt geht. Auch wenn die Dominanz der G7/G8 in den letzten Jahren insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht durch konkurrierende Industrie- und Schwellenländer geschwächt wurde, bleibt ihre militärische Dominanz unangefochten und hat sich die Ausrichtung ihrer Politik nicht grundlegend verändert. Von Afghanistan über Irak und Syrien bis Libyen hat die kriegerische Außenpolitik der G7-Staaten in den Ländern des Südens Verwüstung und millionenfaches Leid verursacht. Ihre wirtschaftlichen Interessen setzen die G7-Staaten ohne Rücksicht auf die Entwicklungsinteressen der Länder des Südens durch. Die Folgen des Klimawandels, dessen historische Schuld zum Großteil die Industrieländer tragen, sind besonders stark in den Ländern des Südens zu spüren, verschärfen Konflikte und führen schon heute zu Millionen von Klimavertriebenen.

Auch wenn die G7 ihren Gipfel auch dieses Mal wieder entwicklungspolitisch bemänteln, so sind doch alle G7-Staaten an den großen Freihandelsprojekten beteiligt, die derzeit vorbereitet werden: TTIP (EU-USA), CETA (EU-Kanada), TPP (USA-Ostasien) und das Dienstleistungsabkommen TiSA. Die Abkommen werden zugunsten der Konzerne und gegen die Interessen der Lohnabhängigen und Verbraucher, gegen Umweltschutz und Demokratie und zum Schaden der Länder des Südens vorangetrieben. Die G7-Staaten wollen darin die weitere Liberalisierung des Welthandels vorantreiben und in Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge vordringen, die in der Welthandelsorganisation (WTO) bislang nicht verhandelbar waren. Länder des Südens, die sich dieser neoliberalen Agenda in der WTO oder in bilateralen Verhandlungen bislang widersetzt haben, werden mit TTIP, CETA, TPP und TiSA noch stärker als bisher unter Druck geraten, Forderungen nach mehr Liberalisierung und mehr Investorenschutz zuzustimmen, auch wenn diese ihre entwicklungspolitischen Handlungsspielräume erheblich einschränken. Anderenfalls riskieren sie, Marktanteile im globalen Handel zu verlieren.

Der Abschluss bi-regionaler Freihandelsabkommen hat auch eine geostrategische Komponente. Die Abkommen integrieren zwar die beteiligten Wirtschaftsräume untereinander. Für Drittstaaten wirken sie jedoch ausschließend. Das ist beabsichtigt. Sowohl US- als auch EU-Vertreter haben wiederholt hervorgehoben, dass die Abkommen das Vordringen der BRICS-Staaten (Brasilien,

Russland, Indien, VR China, Südafrika) auf dem Weltmarkt eindämmen sollen. Sie führen mithin zu einer konfrontativen wirtschaftspolitischen Blockbildung und tragen damit auch zur Gefährdung des Weltfriedens bei.

Mit dem Ausschluss Russlands haben sich die G7 auf eine neue, hoch gefährliche Konfrontationspolitik im Ukraine Konflikt festgelegt. Nun soll auf dem Gipfel ohne Russland über den Ukraine Konflikt beraten werden. Damit handeln die G7 in derselben Logik wie die NATO, die ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, als ein Dialog mit Russland am nötigsten war, die Kooperation im Rahmen des NATO-Russland-Rates suspendierte. Die Bundesregierung hätte als Gastgeberin des Gipfels und amtierende G7-Präsidentin ein Zeichen setzen, Russland wieder als Partner einladen und damit Deeskalationssignale an Russland senden sollen. Damit wäre nicht die G7/G8 legitimer geworden. In Zeiten der allgegenwärtigen Kriegsgefahr muss aber jeder Ort für Dialog und Verständigung gesucht werden. Ein dauerhaftes Friedenssystem in Europa wird es ohne Aussöhnung mit Russland nicht geben.

Die G7-Staaten repräsentieren lediglich 10 Prozent der Weltbevölkerung. Ihre Treffen im Format der G7/G8 entbehren demokratischer Legitimation, etwa durch völkerrechtlich verbindliche Verträge oder durch eine Beauftragung durch die Vereinten Nationen (VN). Sie leiten ihr politisches Mandat einzig aus ihrer vermeintlichen wirtschaftlichen Überlegenheit ab. Das Format soll abgeschafft, die entwicklungs-, handels-, finanz-, wirtschafts- und umweltpolitischen Kompetenzen der VN müssen gestärkt werden, damit dort die zukunftswichtigen Entscheidungen unter Beteiligung aller 193 Mitgliedstaaten getroffen werden können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. eine Debatte zur Auflösung der G7/G8 und der Überführung der von den G7/G8 beanspruchten Entscheidungskompetenzen in die Strukturen der Vereinten Nationen zu beginnen,
2. in den internationalen Organisationen und auch auf dem diesjährigen G7-Treffen darauf hinzuwirken, dass die bestehenden völkerrechtlich legitimen internationalen Organisationen – hier zuerst die Vereinten Nationen und die OSZE – politisch, strukturell und finanziell gestärkt werden,
3. anlässlich des 70-jährigen Bestehens der Vereinten Nationen und des 40-jährigen Bestehens der OSZE/KSZE auf den anstehenden verschiedenen Festakten die Bedeutung und Relevanz dieser legitimen völkerrechtlichen Organisationen zu betonen,
4. in den Vereinten Nationen, bei der OSZE, aber auch auf dem G7-Gipfel für einen neuen Dialog mit Russland einzutreten, innerhalb der NATO darauf hinzuwirken, dass eine weitere Osterweiterung des Bündnisses ausgeschlossen wird, und innerhalb der EU Initiativen für eine neue dialogorientierte EU-Osteuropa-Nachbarschaftspolitik anzustoßen und
5. sich in der EU gegen die Weiterverhandlung des Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommens mit den USA, TTIP, und des globalen Dienstleistungsabkommens TiSA auszusprechen und im Rat das Verhandlungsergebnis der EU-Kommission zu CETA abzulehnen und für diese Position bei den anderen EU-Regierungen sowie gegenüber dem EU-Parlament zu werben.

## **Warum hatten Sie nicht den Mumm, Herrn Putin zum G7-Gipfel einzuladen?**

### **Der Vorsitzende der Linkenfraktion, Dr. Gregor Gysi, antwortet auf die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zu den anstehenden Gipfeln:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe geahnt, Frau Bundeskanzlerin, dass wir von Ihnen keine einzige Äußerung zum Spionageskandal, der langsam zu einer Staatskrise wird, hören werden.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Ist ja kein Thema von Elmau, Mensch!)

– Ich wusste, dass Sie sagen würden: „Es ist kein Thema“, Herr Kauder. Aber das stimmt nicht. Bei allen Treffen, zu denen sie fährt, findet sie Leute, die abgehört worden sind; insofern ist das ein Thema, kann ich nur sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben schon vor längerer Zeit festgestellt, dass die NSA Deutschland komplett ausforscht. Die behandeln uns immer noch wie ein besetztes ehemaliges Feindesland. Ich sage Ihnen klipp und klar: Das dürfen wir uns nicht länger bieten lassen!

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Max Straubinger [CDU/CSU]: Ach!)

Darunter ist übrigens auch eine gravierende Wirtschaftsspionage. Nun hat sich herausgestellt, dass der BND für die NSA und sich selbst Abertausende rechtswidrige Handlungen beging.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Hat sich nicht herausgestellt! – Volker Kauder [CDU/CSU]: Stimmt ja gar nicht!)

Die deutsche Wirtschaft ist davon betroffen, europäische Regierungen sind davon betroffen, die EU-Kommission ist davon betroffen. Die Mär, dass das Ganze der Terrorismusbekämpfung dienen soll, ist damit widerlegt – vielleicht ein kleiner Anteil; aber der ganze Rest ist politische und Wirtschaftsspionage. Das ist beim besten Willen nicht hinnehmbar, und es ist strafbar.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Unglaublich! Woher wissen Sie denn das! Lächerlich!)

Ich sage Ihnen auch, Frau Bundeskanzlerin: Sie zeigen viel zu wenig Rückgrat gegenüber der US-Administration.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Jetzt kommt wieder der Antiamerikanismus! Den kennen wir doch schon!)

Willfährigkeit und Duckmäusertum führen zu Verachtung. Was wir brauchen, ist jedoch Respekt. Respekt ist die Grundlage, um eine Freundschaft aufzubauen. Anders funktioniert das nicht.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Unterwürfig sind Sie: gegenüber Putin!)

Wir haben höchstwahrscheinlich eine tiefe Schuld gegenüber europäischen Partnern auf uns geladen. Frau Bundeskanzlerin, diesmal können Sie sich nicht mit Schweigen aus der Affäre ziehen. Ich gehe davon aus, dass der Kanzleramtschef, seine Vorgänger und auch Sie unter Eid im Untersuchungsausschuss aussagen müssen. Wir brauchen Aufklärung und Klarheit; es wird höchste Zeit.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Kommen Sie mal zum Thema! Erst Behauptungen aufstellen und danach Aufklärung fordern! – Volker Kauder [CDU/CSU]: Es kann sein, dass Sie noch schneller unter Eid aussagen müssen, in Hamburg! Das kann alles noch kommen!)

Im Übrigen hat der frühere Bundesinnenminister Friedrich – passen Sie auf, Herr Kauder! – der deutschen Wirtschaft versprochen, dass die US-Spionage in der Wirtschaft aufhört. Das war offenkundig falsch. Deshalb ist die Wirtschaft zutiefst enttäuscht, auch von Ihnen, Frau Bundeskanzlerin.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Keine Belege!)

Schließlich könnten Sie Präsident Obama doch einmal eins erklären: Seit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag ist der Besatzungsstatus Deutschlands letztlich beendet. Deutschland ist ein souveränes Land.

(Beifall des Abg. Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE])

Wir und kein anderer haben zu entscheiden, mit welchen Geheimdiensten wir wie zusammenarbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Wenn es gegenseitig keine Spionage geben soll, dann haben Sie das auch durchzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber nun komme ich zum G-7-Treffen.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Zum Thema, super!)

Da wollen Sie ja über den Klimaschutz reden. Ich darf Ihnen mal sagen: Ohne Russland und vor allen Dingen ohne China sind Gespräche zum Klimaschutz ziemlich albern; die bringen nichts. Allerdings gibt es eine Chance, dass man sich jetzt selbst mit China verständigen kann. Wissen Sie auch, warum? Weil die Luft in Peking so schlecht geworden ist, und die Luft macht nicht halt vor dem Politbüro, auch nicht vor dem Partei- und Staatschef. Sie wissen ja: Wenn es die Menschen selbst betrifft, werden sie gelegentlich einsichtig. Also, ich kann nur hoffen, dass wir in dieser Menschheitsfrage endlich etwas erreichen.

Aber wie kommen Sie eigentlich darauf, dass sieben Staats- und Regierungschefs Weltpolitik machen könnten? Wie kommen Sie eigentlich darauf, dass Sie die UNO ersetzen dürften? Wie kommen Sie eigentlich darauf, dass sich diese Staaten anmaßen könnten, für alle anderen Staaten zu entscheiden? Das ist völlig indiskutabel. Deshalb wird es einen sehr breit angelegten Protest dagegen geben, und ich meine auch: zu Recht.

(Beifall bei der LINKEN)

Außerdem ist selbst das G-7-Treffen gar nicht in der Lage, Weltpolitik zu machen; denn es ist die internationale Finanzwelt, die bestimmt, was dort geschieht. Wir haben kein Primat der Politik mehr. Selbst die Union müsste doch daran interessiert sein, dass wir wieder ein Primat der Politik herstellen, dass nicht die Banken bestimmen, was Sie machen, sondern Sie wieder eine Chance haben, zu bestimmen, was die Banken machen. Aber davon sind wir zurzeit meilenweit entfernt.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Bundeskanzlerin, Sie sind die Vorsitzende beim G-7-Treffen. Da frage ich Sie mal: Warum hatten Sie nicht den Mumm, Herrn Putin einzuladen? Dass die Grünen so naiv sind, zu glauben, dass man in der Friedens- und Außenpolitik vorankomme, indem man ein ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates, eine Vetomacht im Sicherheitsrat, eine Atomwaffenmacht, das militärisch

stärkste und größte Land Europas, Russland, zu isolieren versuche, mag zum Teil mit deren Jugend zusammenhängen; aber Sie können das nicht ernsthaft glauben, Frau Bundeskanzlerin. Das ändert aber nichts daran, dass Kritik an Putin und seiner Regierung notwendig ist.

Vor kurzem haben wir den 70. Jahrestag der Befreiung von der Nazidiktatur und des Endes des Zweiten Weltkrieges gefeiert. Ich finde, es hätte sich gehört, dass viele, auch westliche Staatsoberhäupter und Regierungschefs – auch Sie, Frau Bundeskanzlerin – an der traditionellen Feier zu diesem 70. Jahrestag am 9. Mai in Moskau teilgenommen hätten.

(Beifall bei der LINKEN – Max Straubinger [CDU/CSU]: Um eine Raketenschau zu begutachten!)

Ich sage Ihnen auch, warum: 27 Millionen Sowjetbürger haben ihr Leben im Kampf gegen Hitler verloren, und sie haben unsere Ehrung verdient. Dabei bleibe ich.

(Beifall bei der LINKEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Wir beten keine russischen Waffen an! Das ist gar keine Frage!)

Frau Bundeskanzlerin, immerhin waren Sie wenigstens einen Tag später da und haben gemeinsam mit Putin einen Kranz am Grabmal des Unbekannten Soldaten niedergelegt und auch ein Gespräch geführt.

Ich sage Ihnen: Deeskalation und die Aufhebung der Sanktionen gegenüber Russland bedeuten Friedenspolitik. Beides liegt im Interesse des ukrainischen und des russischen Volkes, im Interesse ganz Europas und auch in unserem Interesse. Wenn Sie denken, die Zuspitzung zwischen der Ukraine und Russland nütze der Ukraine, Herr Vaatz, dann zeigt sich, dass Sie von Außenpolitik gar nichts verstehen. Das muss ich Ihnen einmal ganz klar sagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Deeskalation liegt übrigens auch im Interesse unserer Wirtschaft. Diese Interessen und nicht die Interessen der USA haben maßgebend zu sein.

Beim G-7-Gipfel und danach beim EU-CELAC-Gipfel wird es ja – Sie haben darüber gesprochen – auch um die Östliche Partnerschaft und damit ebenfalls um den Ukraine-Konflikt gehen. Am 28. Juni 2015 sollen Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine, mit Moldawien und mit Georgien unterzeichnet werden. Es handelt sich hierbei um drei souveräne Staaten. Seit einem Vierteljahrhundert sind sie nicht mehr Bestandteil der Sowjetunion, und Sie haben völlig recht, Frau Bundeskanzlerin: Diese drei Staaten haben das souveräne Recht, Abkommen mit der EU zu schließen. Es darf aber nie wieder passieren, dass auch die EU-Kommission wie bei der Ukraine eine Alternative daraus macht und sagt: entweder mit Russland oder mit uns. Sie haben gesagt, Sie seien dafür. Alle drei Staaten brauchen gute Beziehungen zur Europäischen Union, aber auch gute Beziehungen zu Russland, und genau dafür müssen wir uns einsetzen. – Das haben Sie gesagt, und ich habe das mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir dürfen aber eins nicht vergessen: Die Ukraine ist auch in einer tiefen wirtschaftlichen und sozialen Krise. Die Ukraine hat größere Schulden als Griechenland; ich sage das nur mal.

Die Bundesregierung macht gegenüber Südeuropa die gleiche falsche Politik wie mit der Agenda 2010 in Deutschland. Wieder wird von der Ukraine verlangt, Renten zu kürzen, die Löhne zu senken und die öffentliche Daseinsvorsorge zu privatisieren. Das ist der falsche Weg. Wissen Sie, was die Leute nicht verstehen? Sie verstehen nicht, wieso eigentlich nicht die Oligarchen des Landes, sondern die Rentnerinnen und Rentner und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die Krise bezahlen müssen. Das ist nicht akzeptabel, und zwar in keinem Land – weder in der Ukraine noch in Russland noch in anderen Ländern. Das ist auch unverantwortlich.

(Beifall bei der LINKEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Deshalb wird ja verhandelt!)

Minsk II hat einen fragilen Friedensprozess ausgelöst, der von allen Seiten umgesetzt werden muss. Das bedeutet aber, dass die NATO aufhören sollte, in Polen und in den baltischen Staaten die militärischen Muskeln spielen zu lassen. Wenn die NATO ihre Provokationen einstellt, dann haben wir auch viel bessere Voraussetzungen dafür, von Russland zu verlangen, die Manöver, die ich abenteuerlich finde, ebenfalls einzustellen. Wir brauchen jetzt doch keine gegenseitige Hochrüstung. Wohin soll das denn führen? Wir brauchen Abrüstung und Deeskalation, und dafür müssen Sie stehen, Frau Bundeskanzlerin.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie haben über die geplanten Freihandelsabkommen gesprochen und sie nur gewürdigt. Sie haben nur die Chancen betont und gehen auf die Kritik daran überhaupt nicht ein. Es geht ja mindestens um vier Abkommen: um TTIP zwischen der EU und den USA, um CETA zwischen der EU und Kanada, um TPP zwischen den USA und Ostasien und um das Dienstleistungsabkommen TiSA zwischen 23 Staaten in Europa, USA, Lateinamerika und Asien. Überall geht es um den unbegrenzten Zugang der Finanzkonzerne zu den Daten der Bürgerinnen und Bürger. Den Datenschutz könnten wir dann abschreiben. Das ist überhaupt nicht hinnehmbar.

Die USA wollen erreichen, dass Unternehmen, die in einem anderen Land Dienstleistungen anbieten, dort keinen Firmensitz mehr benötigen. Das würde bedeuten, dass dann auch das europäische Recht für sie nicht mehr gilt. Wo soll das Ganze enden?

Die öffentliche Daseinsvorsorge soll privatisiert werden, und zwar vom Gesundheitswesen über den Verkehr, den Handel, die Energie und die Telekommunikation bis hin zur Bildung. Dann soll auch noch vereinbart werden – Sie machen das alles ja geheim; man ist immer auf die Informationen angewiesen, die man bekommt –, dass eine Privatisierung nie mehr rückgängig gemacht werden darf. Dann soll auch noch Standstill vereinbart werden. Das heißt, dass soziale, gesundheitliche und ökologische Standards eingefroren und nicht mehr erhöht werden dürfen. Sie machen damit jede vernünftige Veränderung in der Politik unmöglich.

Ich sage es noch einmal: Es gibt auch schwere Kritik an der Investitionsschutzklausel. Ich will Ihnen sagen, was sie bedeutet: Ein amerikanischer Konzern kommt nach Deutschland, begründet seinen Sitz. Zu diesem Zeitpunkt gibt es eine Rechtslage. Danach wählen die Bürgerinnen und Bürger eine vernünftige Bundesregierung, sagen wir mal: eine mit Linken.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Lachen des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU])

– Herr Kauder, Sie dürfen sich schon darauf freuen.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Also jetzt doch wieder eine Büttenrede!)

Ich würde Sie gerne einmal als Oppositionsführer erleben; aber ob Sie das können, weiß ich nicht. Wir werden es erleben. Aber wie dem auch sei! Das ist jetzt gar nicht mein Problem.

Mein Problem ist ein anderes. Wenn diese vernünftige Bundesregierung mehr Mitbestimmung und etwas höhere Steuern beschließen würde, dann würden die Konzerne sagen: Nein, das verstößt gegen das Verbot von Investitionshemmnissen. – Sie machen eine Politik in diese Richtung unmöglich. Das ist zutiefst undemokratisch und darf nicht passieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage Ihnen ganz klar: Auch die Schiedsgerichte sind ein Skandal. Die deutschen Unternehmen müssen den Gerichtsweg gehen, die amerikanischen machen das über ein Schiedsgericht; mit Geld und drei Advokaten kriegen die alles geregelt. Ich kann nur sagen: Das ist absurd.

(Beifall des Abg. Harald Petzold [Havelland] [DIE LINKE])

Dann kommt hinzu, dass plötzlich Lebensmittel erlaubt werden dürfen, die bei uns verboten sind, und zwar aus guten Gründen.



(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Aber Sie werden nicht gezwungen, alles zu essen!)

Nicht einmal das Reinheitsgebot für Bier – ich bitte die Bayern: Sie müssen doch wenigstens darauf achten – bliebe unter diesen Bedingungen erhalten.

(Beifall bei der LINKEN – Max Straubinger [CDU/CSU]: Wir schützen uns schon selber!)

Deshalb sind wir gegen diese Abkommen und meinen, das ist der falsche Weg.

Den Gipfel der EU mit der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten in Brüssel finde ich auch spannend. Wissen Sie was, Frau Bundeskanzlerin: Sie werden dort lauter Staats- und Regierungschefs treffen, die immer eigenständiger und selbstbewusster werden. Es gibt dort auch viele linke Regierungen, die aus diesem ganzen neoliberalen Mist herauswollen und endlich Hunger und Elend überwinden und beseitigen wollen. Aber da ist noch etwas: Die USA spielen in Lateinamerika täglich eine geringere Rolle.

(Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Sagen Sie auch mal was zum Thema?)

Zum Beispiel hat China zum Teil schon die USA als stärksten Handelspartner abgelöst. Dadurch werden die lateinamerikanischen Staaten jeden Tag unabhängiger.

(Beifall des Abg. Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE])

Wissen Sie, was ich für einen Skandal halte: Kolumbien ist inzwischen unabhängiger von den USA als Deutschland. Ich finde, das sollten Sie ändern, liebe Frau Bundeskanzlerin.

(Beifall bei der LINKEN)

Lateinamerika hat, wie gesagt, entscheidende politische Veränderungen erlebt. Ich bin froh, dass es endlich zu einem Handschlag zwischen dem amerikanischen und dem kubanischen Präsidenten gekommen ist. Wir müssen den Kalten Krieg hinter uns lassen; die Blockadezeit muss endlich überwunden werden.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Frau Bundeskanzlerin, haben Sie doch einfach einmal den Mut und besuchen Sie – bei aller Kritik – einfach die Perle der Karibik, die schöne Insel Kuba. Was meinen Sie, was das für eine Geste wäre, wenn Sie das machten!

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Lassen Sie mich zum Schluss einen Satz sagen: Wir sind wichtig – ich weiß –, die USA sind selbstverständlich wichtig – ich weiß –, Russland ist auch wichtig, China wird immer wichtiger. Aber bitte unterschätzen Sie nicht die Bedeutung und Relevanz

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Von Kuba?)

von Afrika, Asien und Lateinamerika.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Ach so!)

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

## **UN-Staateninsolvenzverfahren jetzt einführen**

**Niema Movassat, Obmann der Linksfraktion im Entwicklungsausschuss, begründet im Plenum den Antrag seiner Fraktion: Für ein internationales Staateninsolvenzverfahren (BT-Drucksache 18/3743, Rede zu Protokoll):**

Eines liegt doch klar auf der Hand: Die Welt braucht ein geregeltes und unabhängiges Insolvenzverfahren für überschuldete Staaten.

Im September 2014 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit überwältigender Mehrheit beschlossen, ein multilaterales Rahmenwerk zur Restrukturierung von Staatsschulden einzurichten. Diese Resolution wurde von Bolivien im Namen der Gruppe der 77 und Chinas eingebracht – also von den Ländern, die mehrheitlich am extremsten unter den Schuldenkrisen der letzten 30 Jahre zu leiden hatten. Es ist mehr als beschämend, dass Deutschland zur kleinen Minderheit von 11 Staaten gehört, die gegen diese Resolution gestimmt haben.

Die Begründung, die die Bundesregierung für ihr Abstimmungsverhalten gab, ist mehr als kleinlich: Der Vorstoß der G77-Staaten sei nicht mit den großen Gläubiger-Ländern abgestimmt gewesen.

Das sagt ausgerechnet ein Mitgliedsland der G7. Einem Bündnis, das meint, über globale Menschheitsfragen in einem exklusiven Zirkel entscheiden zu können – vorbei an den Vereinten Nationen und ohne dass man sich je groß drum scherte, ob diese Beschlüsse vorher mit anderen betroffenen Staaten abgestimmt wären oder nicht.

Partizipation hatte für den Westen, diesem Club ehemaliger Kolonialmächte, noch einen besonders hohen Stellenwert.

Zurück zur Sache: Die Überschuldung von Staaten hat sich als entscheidendes Hindernis für ihre selbstbestimmte wirtschaftliche und soziale Entwicklung erwiesen. Im Schuldendienst werden Mittel gebunden, die dann für Investitionen in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur fehlen.

Schuldenpolitik war immer auch schon Machtpolitik. Da werden Schulden als koloniales Instrument eingesetzt, um alte Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse aufrechtzuerhalten oder neu zu erlangen. Viele dieser Schulden müssen wir zudem als illegitim bewerten.

Der globale Süden hat also genügend Gründe, um genug von geberdominierten Verfahren zu haben. Multilaterale Geberprogramme wie die HIPC-Initiative waren hochgradig ineffizient und sind gescheitert. Fast ein Drittel der 30 Staaten, die diese Verfahren durchlaufen haben, weisen schon jetzt erneut ein hohes Überschuldungsrisiko auf.

Ein Grund dafür ist, dass neben Staaten auf der Geberseite auch immer aggressivere und verantwortungslosere private Spekulanten auftreten. Das jüngste Beispiel Argentinien zeigt dies überdeutlich. Hier droht ein skrupelloser Hedgefonds einen ganzen Staat durch seine kompromisslose Haltung im Umschuldungsprozess erneut an den Rand des Ruins zu treiben.

Wenn wir nicht jetzt zu einem verlässlichen, fairen und effizienten Verfahren finden, das künftig für alle Gläubiger verbindlich ist und die Bedürfnisse des Schuldnerstaats angemessen berücksichtigt, sind die nächsten Krisen schon vorprogrammiert. Diese haben dann – wie fast immer – die Ärmsten der Armen auszubaden. Länder werden um Jahrzehnte in ihrer Entwicklung zurückgeworfen.

DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, einzulenken und den weiteren Prozess in den Vereinten Nationen zur Einrichtung eines fairen, partizipativen und transparenten Staateninsolvenzverfahrens nicht weiter zu blockieren, sondern konstruktiv zu unterstützen.

Ein solches muss einen für alle Gläubiger bindenden Beschluss eines unabhängigen Schiedsverfahren, das die Schuldenlast auf ein tragfähiges Niveau senkt, gewährleisten. Vorrang vor den Ansprüchen der Gläubiger muss die Sicherstellung eines Existenzminimums der Bevölkerung im Sinne der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte haben. Um dies sicherzustellen und auch um die Legitimität der Schulden zu überprüfen, braucht es einen Audit-Prozess unter Beteiligung einer möglichst breiten Öffentlichkeit.

2013 ist Norwegen mit gutem Beispiel vorangegangen und hat als erster Geberstaat einen Bericht über die Legitimität von Staatsschulden vorgelegt und in der Folge auch als illegitim erkannte Schulden erlassen. Denn auch Gläubiger haben eine besondere Verantwortung bei der Vergabe von Krediten! Norwegen hat sich hierbei an den UNCTAD-Prinzipien für eine verantwortungsvolle Kreditvergabe, die auch Deutschland unterstützt, orientiert.

Strukturelle Probleme brauchen strukturelle Veränderungen! Auch die Bundesregierung darf sich dem nicht verweigern.

## **Nein zu G7 – TTIP stoppen!**

**DIE LINKE.** im Bundestag begleitet den Protest gegen das überholte System der G7. Wir fordern ein gerechtes Weltwirtschaftssystem, eine friedliche Außenpolitik, echte Demokratie – statt Konzernmacht und Repression:

### **Workshops auf dem Internationalen Gipfel der Alternativen**

Donnerstag, 4. Juni, 11.30 – 13.15 Uhr, auf dem Feierwerkgelände München, Hansastraße 39-41, 81373 München

#### **Workshop 3a: TTIP ist nicht neu – Freihandel im globalen Kontext**

- Ulrike Herrmann, Journalistin, Wirtschaftskorrespondentin der taz;
- Magdiel Sanchez Queiros, Mexiko, Aktivist des Ständigen Völkertribunals TPP;
- Malte Daniljuk, Forschungsprojekt »Geopolitische und geoökonomische Veränderungen« der RLS, Redakteur Amerika21.de;
- Heike Hänsel, MdB DIE LINKE
- Moderation Niema Movassat, MdB DIE LINKE

In den letzten Jahrzehnten wurden bereits Freihandelsprojekte durchgesetzt. Wir werfen insbesondere einen Blick auf das Nordamerikanische Freihandelsprojekt NAFTA, informieren über seine Auswirkungen und stellen Alternativen wie das lateinamerikanische Handelsabkommen ALBA vor.

#### **Workshop 3b: TTIP stoppen – Kritik und Widerstand**

- Cornelia Reetz, Campaign Manager, Europäisches Bürgerbegehren gegen TTIP;
- Prof. Dr. Christoph Scherrer, Universität Kassel;
- Luise Klemens, Landesbezirksleiterin ver.di Bayern;
- Klaus Ernst, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
- Moderation Nicole Gohlke, MdB DIE LINKE

Seit 2013 verhandeln EU und USA offiziell über TTIP. Auf dem Verhandlungstisch liegt alles: Finanzmarktregeln, Arbeitnehmerrechte, Verbraucherrechte, Umweltstandards und vieles mehr. Die konkreten Inhalte sollen geheim bleiben, um »den Verhandlungserfolg nicht zu gefährden«. Doch immer mehr Details gelangen an die Öffentlichkeit. Wir diskutieren über das, was bisher bekannt wurde und weshalb TTIP gestoppt werden muss.

### **Demonstration in München**

Donnerstag, 4. Juni 2015, ab 14 Uhr, Stachus/Karlsplatz, mit den MdB Eva Bulling-Schröter, Klaus Ernst, Nicole Gohlke, Harald Weinberg, Heike Hänsel und Niema Movassat

### **Demonstration in Garmisch-Partenkirchen**

Samstag, 6. Juni 2015, ab 12 Uhr auf dem Bahnhofsplatz

### EU-Lateinamerika-Gipfel: Beziehungen auf gegenseitigem Respekt begründen

**Antrag der Abgeordneten Heike Hänsel, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Inge Höger, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Azize Tank, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der 7. Gipfel der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) im April 2015 stellt eine historische Zäsur dar. Erstmals reichten sich die Präsidenten der USA und Kubas die Hände und trafen sich zum Gespräch. Mit dieser Begegnung zwischen Barack Obama und Raúl Castro verbindet sich die Hoffnung auf neue, auf gegenseitigem Respekt basierende Beziehungen zwischen den USA und den Staaten Lateinamerikas. Diese Entwicklung ist das Ergebnis des erfolgreichen Integrationsprozesses in Lateinamerika, der in den vergangenen 10 Jahren von linken Regierungen vorangetrieben worden war. Er hat die hegemoniale Rolle der USA auf dem Kontinent erheblich zurückgedrängt und damit den Staaten Lateinamerikas eine gleichberechtigte Position gegenüber den USA verschafft.

Auch im Verhältnis der Europäischen Union (EU) zu Kuba stehen Veränderungen an: Die Außenbeauftragte der EU, Federica Mogherini, reiste Ende März 2015 nach Kuba, um die Verhandlungen über ein Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit weiter voranzubringen. Dieses Abkommen würde den sogenannten „Gemeinsamen Standpunkt“ der EU gegenüber Kuba von 1996 ablösen. Dies ist überfällig, denn im „Gemeinsamen Standpunkt“ werden bilaterale Beziehungen noch unter den Vorbehalt einseitiger politischer Zugeständnisse Kubas gestellt. In einer vertieften Zusammenarbeit mit Kuba lägen nicht nur für die EU, sondern auch für Deutschland viele entwicklungspolitische Potenziale, etwa in einer möglichen trilateralen Entwicklungszusammenarbeit zugunsten dritter Partner in Lateinamerika.

Diese Entwicklungen spiegeln sich in der Lateinamerika-Politik der Bundesregierung nicht wider. Am 4. März 2015 stellte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) seine neue Lateinamerika-Strategie unter der Überschrift „Mit gemeinsamen Werten und Interessen Zukunft gestalten“ der Öffentlichkeit vor. Zwar spricht die Bundesregierung darin von einer neuen Rolle Lateinamerikas in der internationalen Politik. Sie erwähnt jedoch weder die regionalen Integrationsprozesse im Rahmen des Handelsabkommens ALBA (Bolivarische Allianz), des Südamerikanischen Staatenbundes UNASUR oder des kontinentalen Bündnisses CELAC (Staatengemeinschaft Lateinamerikas und der Karibik), noch die Rolle lateinamerikanischer Staaten bei der Stärkung von überregionalen Süd-Süd-Kooperationen, etwa in der Staatengruppe G77. Diese auffällige Unterlassung legt den Schluss nahe, dass die Bundesregierung weiterhin nicht bereit ist, die verstärkte Zusammenarbeit von Ländern des Südens und ihr wachsendes Gewicht gegenüber den Ländern des Nordens als eine positive Entwicklung in der internationalen Politik wahrzunehmen. Das BMZ verzichtet ebenso darauf, in seiner Lateinamerika-Strategie die neuen Möglichkeiten in den Beziehungen zu Kuba anzusprechen.

Ebenso wenig scheint die Bundesregierung bereit, die großen Fortschritte in der Armutsbekämpfung und bei der Verringerung sozialer Ungleichheit anzuerkennen, die in einigen lateinamerikanischen Staaten erzielt werden konnten. Diese Fortschritte wurden vor allem dort erreicht, wo Regierungen die Dogmen neoliberaler Wirtschaftspolitik wie Privatisierung, Liberalisierung und Austerität hinter sich gelassen haben und stattdessen auf die Stärkung des Staates, auf die Ausweitung sozialer Programme und auf antizyklische Konjunkturförderung setzen.

Anstatt diese neuen Entwicklungen aufzugreifen und zu diskutieren, geht die Bundesregierung auch in ihrer neuen Strategie mit den alten Konzepten auf Lateinamerika zu. Sie will öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) vorantreiben, auch in Kernbereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Ernährungssicherung, Gesundheit und Bildung. Damit setzt sie sich nicht nur über die politischen Realitäten in Lateinamerika hinweg, wo Privatisierungen großen Schaden angerichtet haben und deshalb schrittweise wieder rückgängig gemacht werden, sondern ignoriert auch große zivilgesellschaftliche Bündnisse in Europa, die bereits erfolgreich gegen ÖPP-Projekte und gegen Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge kämpfen.

Das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) und von CELAC am 10. und 11. Juni 2015 in Brüssel findet in einer Situation statt, in der die sozialen Errungenschaften in einigen lateinamerikanischen Ländern unter Druck geraten. Insbesondere in Venezuela hat sich die Opposition unter dem Eindruck einer schwierigen wirtschaftlichen Lage radikalisiert und es scheint denkbar, dass Teile der Opposition nach zahlreichen Niederlagen in demokratischen Wahlen nun auf Gewalt setzen, um die Macht wiederzuerlangen. Die Gewalt wird zusätzlich dadurch angeheizt, dass die US-Regierung die Situation in Venezuela zu einer „außerordentlichen und außergewöhnlichen Gefahr für die nationale Sicherheit der USA“ erklärt und damit der De-Legitimierung der demokratisch gewählten Regierung Venezuelas Vorschub geleistet hat. Eine positive Bezugnahme der Bundesregierung auf die sozialen und demokratischen Errungenschaften in Venezuela wäre im Sinne einer De-Eskalation hilfreich und sollte im Rahmen des EU-CELAC-Gipfels nachgeholt werden. Die Bundesregierung stünde damit nicht allein. Die Mitgliedstaaten von UNASUR und CELAC haben sich ebenso wie die Gruppe der Entwicklungsländer, G77, mit der venezolanischen Regierung solidarisch erklärt.

Dank der diplomatischen Unterstützung durch die Regierungen Kubas und Norwegens als Garanten sowie Venezuelas und Chiles als Unterstützer stehen die Verhandlungen zwischen der Regierung Kolumbiens und der Guerilla der FARC in Havanna vor dem Abschluss. Der EU-CELAC Gipfel sollte dem erfolgreich verlaufenden Friedensprozess in Kolumbien Rechnung tragen und zur Stärkung eines erfolgreichen Abschlusses den Generalsekretär der Vereinten Nationen bitten, einen Friedensbeauftragten für den Prozess zu ernennen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den EU-CELAC-Gipfel für den Austausch über Entwicklungsstrategien und eine Neuausrichtung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen EU und Lateinamerika zu nutzen und in diesem Sinne
  - anzuregen, dass die 2010 ins Leben gerufene EU-LAC-Stiftung mit Sitz in Hamburg beauftragt wird, die Potenziale und Anknüpfungspunkte alternativer Handelsabkommen wie ALBA für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und den lateinamerikanischen und karibischen Staaten zu untersuchen,
  - sich für eine grundsätzliche Neuausrichtung der Handelspolitik der EU gegenüber Lateinamerika einzusetzen, die komplementären Austausch an die Stelle von Verdrängungswettbewerb setzt, auf Liberalisierungs- und Privatisierungsforderungen verzichtet, den öffentlichen Beschaffungsmarkt als entwicklungspolitisches Steuerungsinstrument erhält und die die Regulierung statt Liberalisierung von Finanzmärkten vorantreibt,
  - sich in der EU dafür einzusetzen, dass die Handelsabkommen, die derzeit verhandelt werden oder bereits abgeschlossen wurden, in einem demokratischen Prozess auf ihre Entwicklungsförderlichkeit hin überprüft und bei Bedarf modifiziert werden,
  - sich gegen den Abschluss des Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommens (TTIP) zwischen der EU und den USA auszusprechen,
  - sich dafür einzusetzen, dass auf dem EU-CELAC-Gipfel die Erfahrungen lateinamerikanischer Länder bei der Armutsbekämpfung und bei der Verringerung der sozialen Un-

gleichheit an zentraler Stelle diskutiert und Schlussfolgerungen sowohl für die Neubestimmung der interkontinentalen Beziehungen als auch für den weiteren Umgang mit der Krise in der EU gezogen werden;

2. die am 4.3.2015 vorgestellte Lateinamerika-Strategie grundlegend zu überarbeiten und dabei
  - die positive Rolle lateinamerikanischer Staaten bei der Stärkung globaler Süd-Süd-Kooperationen hervorzuheben und Anknüpfungspunkte für die deutsche Außenpolitik zu formulieren,
  - die Erfahrungen lateinamerikanischer Regierungen bei der Armutsbekämpfung und bei der Verringerung sozialer Ungleichheit genauer in den Blick zu nehmen,
  - ihre Unterstützung für eine soziale, auf Ausgleich und nachhaltiges Wachstum ausgerichtete Politik in Lateinamerika zu formulieren und konkret zu untersetzen,
  - die Rolle deutscher Unternehmen bei der Missachtung von Menschenrechten in Lateinamerika zu thematisieren und konkrete Vorstellungen zu formulieren, wie bei Unternehmen die Bewahrung von Menschenrechten durchgesetzt werden kann,
  - auf den Export von veralteten Konzepten wie ÖPP zu verzichten und sich nicht an der Privatisierung oder Teil-Privatisierung von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu beteiligen,
  - stattdessen die Stärkung der Kapazitäten staatlicher Träger der Daseinsvorsorge zu einem zentralen Inhalt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika zu machen,
  - den Transfer von Know-how und Technologie im Bereich des Klima- und Umweltschutzes zu verstärken;
3. sich gegenüber den USA deutlich für die Rücknahme von Sanktionen gegen Venezuela und der Einstufung Venezuelas als Gefahr für die nationale Sicherheit auszusprechen;
4. sich dafür einzusetzen, dass sich die EU der CELAC-Resolution anschließt, die Venezuela und die USA zum Dialog „basierend auf der Achtung der Souveränität und der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten“ aufruft;
5. die Annäherung zwischen der EU und Kuba aktiv zu unterstützen und Vorstellungen für eine entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Kuba sowohl bilateral als auch trilateral zu formulieren;
6. durch den Sonderbeauftragten des Außenministers für den kolumbianischen Friedensprozess die Forderung der kolumbianischen Zivilgesellschaft nach Einrichtung einer Wahrheitskommission zu unterstützen und sich auch im Falle einer Ablehnung in der EU dafür einzusetzen, dass dann die kolumbianischen Guerilla-Organisationen FARC und ELN von der Terrorliste gestrichen werden;
7. für einen tragfähigen beidseitigen Waffenstillstand in Kolumbien einzutreten.

## **Wir haben etwas von den LateinamerikanerInnen zu lernen**

**Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, bringt den Antrag ihrer Fraktion zum EU-Lateinamerika-Gipfel ein (BT-Drucksache 18/4799, Rede zu Protokoll):**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

der 7. Gipfel der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) im April 2015 stellte eine historische Zäsur dar. Erstmals reichten sich die Präsidenten der USA und Kubas während eines offiziellen, geplanten Gesprächs die Hände. Mit dieser Begegnung zwischen Barack Obama und Raúl Castro verbindet sich die Hoffnung auf neue, auf gegenseitigem Respekt basierende Beziehungen zwischen den USA sowie den Staaten Lateinamerikas. Diese Entwicklung ist das Ergebnis des erfolgreichen Integrationsprozesses in Lateinamerika, der in den vergangenen zehn Jahren von linken Regierungen vorangetrieben worden ist. Er hat die hegemoniale Rolle der USA auf dem Kontinent erheblich geschwächt und damit den Staaten Lateinamerikas eine gleichberechtigtere Position gegenüber den USA verschafft.

Es freut mich besonders, dass Fidel Castro diesen historischen Moment erleben kann. Das sozialistische Kuba hat der aggressiven Politik der USA widerstanden. Fidel Castro selbst hat elf US-Präsidenten und zahllose Attentatsversuche der CIA überlebt. Aber Kuba konnte auch durch eine völkerrechtswidrige Handelsblockade und Terrorakte nicht in die Knie gezwungen werden. Weil in ganz Lateinamerika die Solidarität mit Kuba in dem Maße gewachsen ist, wie die Anfeindungen aggressiver wurden.

Und das nicht ohne Grund. Wir wissen, dass Kuba einen großen Anteil an der Armutsbekämpfung in Lateinamerika hat. Zehntausende von kubanischen Ärzten arbeiten weltweit, auch in vielen lateinamerikanischen Ländern, und versorgen dort die Menschen, die bis dahin keinen Zugang zu medizinischer Betreuung hatten. Auch in den von Ebola betroffenen Regionen Westafrikas. MedizinstudentInnen aus vielen Ländern des Südens werden in Kuba für den Dienst in ihren Heimatländern ausgebildet. Kubanische PädagogInnen haben ein Alphabetisierungsprogramm entwickelt, das auf dem gesamten Kontinent zum Einsatz kommt und durch das Millionen Menschen lesen und schreiben gelernt haben.

Kuba spielt eine Schlüsselrolle im Prozess der politischen Einigung des Kontinents. Die Integrationsprojekte ALBA und CELAC gehen maßgeblich auf das kubanische und venezolanische Engagement zurück. Und nicht zufällig finden in Havanna die Friedensverhandlungen statt, die den ältesten bewaffneten internen Konflikt der Region, den Krieg in Kolumbien, der zehntausende von Toten gefordert hat, beenden soll.

Der Weg nach Lateinamerika führt deshalb über Kuba. Doch die Bundesregierung bringt es fertig, in diesen bewegten Zeiten – in Zeiten einer epochalen Veränderung, die sich in Lateinamerika vollzieht – ein Lateinamerika-Konzept zu formulieren, das diese Entwicklungen in keinem Wort erwähnt.

Dabei liegen hier große entwicklungspolitische Potenziale.

Kuba verfolgt seit 1959 eine vielfach von internationalen Organisationen wie der Weltgesundheitsorganisation und sogar der Weltbank belobigte erfolgreiche Orientierung auf freien Zugang zu Bildung und Gesundheit. Kuba gehört zu den wenigen Ländern des Südens, in denen niemand Hunger leiden muss. Andere links regierte Länder wie Venezuela, Ecuador, Bolivien Brasilien und Nicaragua, gehören zu den Ländern, die in der Bekämpfung von Hunger und Armut in den letzten Jahren die größten Erfolge erzielt haben. Sie haben die Armutsraten erheblich gesenkt und es zugleich geschafft, die soziale Ungleichheit, die in ihren Ländern traditionell sehr stark ausgeprägt war, zu verringern. Das beweisen unter anderem die jährlichen Statistiken der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika, CEPAL.



Alle diese Prozesse sind auch widersprüchlich. Das sage ich ganz bewusst angesichts der derzeitigen schwierigen ökonomischen Lage in Venezuela. Die Prozesse weisen innere Widersprüche auf. Ihnen stehen mächtige, über Jahrzehnte gewachsene Macht- und Profitinteressen im Inneren der Gesellschaften entgegen – und geostrategische Interessen von außen. Es ist vielen lateinamerikanischen Ländern bisher auch nicht gelungen, sich aus einseitigen Handelsbeziehungen, Export von Rohstoffen, Import von Industriegütern, zu befreien. Auch die Abhängigkeit von der Förderung fossiler Rohstoffe wurde bisher nicht überwunden. All das sind gemeinsame Herausforderungen auf dem Weg zu einer internationalen Klimaschutzpolitik. Hier gäbe es viele Potentiale für eine Kooperation zwischen Europa und Lateinamerika. Zum Beispiel ein Transfer von Technologie und Ausbildung im Bereich der regenerativen Energien. Auch Kuba, das der Entwicklungsausschuss erst vor wenigen Wochen erstmalig besucht hat, hat daran ein großes Interesse.

Die Realität ist aber eine andere. Die US-Regierung unter Präsident Obama hat dem sozialistischen Venezuela offen den Kampf angesagt. Präsident Obama selbst hat vor einigen Wochen ein skandalöses Dekret erlassen, das Sanktionen gegen die demokratische gewählte Regierung von Präsident Nicolás Maduro Tür und Tor öffnet. Wie überzogen, wie realitätsfern diese Linie ist, zeigt sich in der Formulierung, Venezuela würde eine „Bedrohung für die nationale Sicherheit“ der USA darstellen. In Lateinamerika hat das massive Empörung und heftige Gegenreaktionen provoziert. Die neue, aggressive Linie Washingtons führte auch dazu, dass auf dem Amerika-Gipfel in Panama wieder einmal keine gemeinsame Abschlusserklärung zustande kam. Aber hat die Bundesregierung die neuen Fehlentwicklungen in der US-Politik angesprochen, die quasi ein Spiegel der historisch verfehlten Kuba-Politik sind? Fehlanzeige. In Berlin herrschte und herrscht Schweigen. Wir lehnen jegliche Angriffe auf Venezuela ab. Das venezolanische Volk muss sein Schicksal selbst bestimmen können. Und wer ernsthaft abstreitet, dass dies bei Wahlen in dem südamerikanischen Land möglich ist, wie dies aus den Reihen der Union zu vernehmen ist, ist politisch einfach nicht ernst zu nehmen.

Auch der Friedensprozess in Kolumbien braucht internationale Unterstützung, nachdem sich bisher vor allem Kuba, Venezuela, Chile und Norwegen engagiert haben. Es bleibt zu hoffen, dass der Abschluss eines Friedensabkommens in Havanna der Anfang für eine demokratischere und sozialere Entwicklung bedeutet. Dafür wird es aber notwendig sein, dass die breite soziale Bewegung tatsächlich in den Prozess aktiv integriert und die MenschenrechtsverteidigerInnen und Opferverbände nicht mehr verfolgt sondern geschützt werden. Ich appelliere an die kolumbianische Regierung: Rufen Sie auch einen umfassenden Waffenstillstand aus! Dies wäre ein deutliches, glaubwürdiges Zeichen der Regierung und Armee für die Friedensverhandlungen.

Wir können viel aus der erfolgreichen Armutsbekämpfung in den progressiv regierten Ländern Lateinamerikas lernen – für unsere Entwicklungspolitik, aber auch für den Umgang mit der Krise im Euroraum. Im linken Lateinamerika sinkt die Armut, im neoliberalen Europa wächst sie. Wir haben also etwas von den LateinamerikanerInnen zu lernen und ihnen keine Ratschläge zu erteilen. Dies wäre ein wichtiges Signal, das von dem kommenden EU-CELAC-Gipfel im Juni in Brüssel ausgehen könnte.

## **Ayotzinapa, Spitze des Eisbergs brutalster Menschenrechtsverletzungen in Mexiko**

### **Heike Hänsel begründet den Antrag der Linksfraktion: Menschenrechte in Mexiko schützen, Verhandlungen zum Sicherheitsabkommen aussetzen (BT-Drucksache 18/3548):**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

In diesem Land der Straffreiheit gibt es Morde ohne Mörder, Folter ohne Folterer, sexuelle Gewalt ohne Vergewaltiger. Ich spreche von Mexiko, einem Land, in dem 98 Prozent Straflosigkeit herrscht.

Traurige Berühmtheit erlangte Mexiko letztes Jahr, als 43 Lehramtsstudenten der Universität von Ayotzinapa durch die Polizei gewaltsam verschwanden. Bis heute ist dieser Fall nicht richtig aufgeklärt, auch wenn die mexikanische Regierung den Fall trotz großer Widersprüche als abgeschlossen ansieht und jede Verantwortung zurückweist. Ich habe mich letztes Jahr mit den Angehörigen der Verschwundenen in Ayotzinapa getroffen. Sie sind verzweifelt und haben keinerlei Vertrauen in die staatlichen Strukturen. Sie fordern mittlerweile internationale Hilfe bei der Aufklärung und auch persönlichen Schutz, weil sie vielen Anfeindungen ausgesetzt sind.

Die mexikanische Regierung und die Staatsanwaltschaft, mit der ich ebenfalls gesprochen habe, wollen diesen Fall als rein lokales Problem korrupter Polizeieinheiten darstellen. Dabei sagen alle Menschenrechtsorganisationen in Mexiko, dass auch die nationale Ebene verantwortlich ist. Denn auch die Bundespolizei und die mexikanische Armee waren zum Zeitpunkt der Verhaftung der Studenten vor Ort und haben nicht eingegriffen. Im Gegenteil: Sie haben sogar ebenfalls die Studenten bedroht. Sie waren zu jeder Zeit vom Sicherheitsdienst über die Lage vor Ort informiert.

Ayotzinapa ist aber nur die Spitze des Eisbergs brutalster Menschenrechtsverletzungen in Mexiko: über 26 000 gewaltsam Verschwundene und fast 100 000 Menschen, die seit 2006 ermordet wurden. Immer wieder sind alle Ebenen der Polizei und das Militär in diese Verbrechen verwickelt.

Was macht nun die Bundesregierung? Wir haben Außenminister Steinmeier mehrfach zu Venezuela reden gehört; da macht er sich große Sorgen. Zur Menschenrechtssituation in Mexiko sagte er nichts. Im Gegenteil: Gebetsmühlenartig sagt die Bundesregierung: Mexiko ist unser strategischer Partner, und wir teilen die gleichen Werte. - Ich muss sagen, ich finde das unerträglich.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

So verhandelt die Bundesregierung bereits seit Jahren über ein Sicherheitsabkommen ausgerechnet mit der mexikanischen Bundespolizei. Es sollte eigentlich selbstverständlich sein, dass eine Polizei die Grundwerte verinnerlicht und Entführungen, Folter und Überfälle nicht durchführt.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich frage mich, wie Sie sagen können, sie brauchten ein gutes Training und eine Ausbildung, um die Menschenrechtsstandards gewährleisten zu können. Es gibt doch auch eine Mitverantwortung der Regierung, die diese Polizei deckt.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Deswegen sagen viele Menschenrechtsorganisationen in Mexiko, man müsse diese Verhandlungen aussetzen; denn das Abkommen würde die korrupte Polizei nur stärken und mehr Gefahren für die Bevölkerung bedeuten. Vor allem wollen die Menschenrechtsorganisationen Zugang zum Text des Abkommens erhalten - das ist das Entscheidende; wir fordern es auch -, damit sie sich anschauen können, was verhandelt wird. Es sollte nicht über ihre Köpfe hinweg verhandelt werden. Dafür setzen wir uns ein.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundesregierung hatte auch keine Skrupel, Waffen nach Mexiko zu liefern, zum Beispiel Gewehre der Firma Heckler & Koch. Sie hat immer behauptet, es gehe nur um einige Bundesstaaten. Aber: Als ich in Ayotzinapa war, habe ich am Straßenrand dieses Foto von einem Polizisten gemacht, der ein G36 von Heckler & Koch in Händen hält,

(Abg. Heike Hänsel (DIE LINKE) hält ein Bild hoch)

und das in einem Bundesstaat, in dem eigentlich nie G36-Gewehre auftauchen sollten. Das war bereits ein Skandal. Die Bundesregierung muss auch für diese Exporte die Verantwortung übernehmen. Wenn man Exporte nach Mexiko genehmigt, dann ist man auch verantwortlich für das, was mit diesen Waffen passiert. Damit sind Sie verantwortlich dafür, dass diese Gewehre auch beim Verschwindenlassen der Studenten eingesetzt wurden.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ulla Schmidt:**

Frau Kollegin, denken Sie an Ihre Redezeit?

**Heike Hänsel (DIE LINKE):**

Ja. Zum Schluss möchte ich daran erinnern, dass Mexiko das Land mit den meisten Freihandelsabkommen ist und die Europäische Union derzeit das Freihandelsabkommen mit Mexiko noch ausweiten will. Wir lehnen das ab, weil die Freihandelspolitik in den letzten 20 Jahren in Mexiko zu enormen sozialen Verwerfungen geführt hat. Sie ist eine Ursache für die Gewalt in diesem Land. Freihandel tötet, und deswegen brauchen wir einen neuen Handel, auch mit Mexiko.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

### **Armutsindizierte Krankheiten wirksam bekämpfen heißt Armut bekämpfen**

**Niema Movassat in der Debatte zum Koalitionsantrag Forschung und Entwicklung für die Bekämpfung von vernachlässigten armutsassoziierten Erkrankungen stärken (BT-Drucksache 18/4930, Rede zu Protokoll):**

„Vernachlässigte armutsassoziierte Krankheiten“ ist im doppelten Sinne ein schreckliches Wortkonstrukt. Millionen von Menschen leiden auch im 21. Jahrhundert überall auf der Welt nur deshalb an Krankheit, weil der globale Wohlstand völlig ungerecht verteilt ist. Das alleine ist schon schlimm genug und eine Schande. Dass es dann aber aufgrund der kapitalistischen Wirtschaftslogik schlicht zu wenig finanzielle Anreize für die Pharmaindustrie gibt, wirksame Medikamente gegen die typischen armutsassoziierten Krankheiten zu entwickeln, ist eine doppelte Ungerechtigkeit. Der wohlhabende Teil der Menschheit enthält den Ärmsten der Armen so nicht nur einen Anteil an den weltweiten Reichtümern vor, sondern, wenn sie an den Folgen erkranken, auch eine adäquate medizinische Behandlung. Nur eine andere, gerechtere Weltwirtschaftsordnung kann dieses Problem grundsätzlich lösen. Dennoch möchte ich auch einige kurzfristig praktikable Vorschläge nennen, mit deren Hilfe sich die Situation verbessern ließe.

Vor vier Jahren haben wir einen Bundestagsantrag eingebracht mit dem Titel „Forschungsförderung zur Bekämpfung vernachlässigter Krankheiten ausbauen – Zugang zu Medikamenten für arme Regionen ermöglichen“. Leider haben sich seitdem weder die grundlegenden Probleme geändert, noch haben sich die vorgeschlagenen Forderungen überholt. Nach wie vor investiert die Bundesregierung viel zu wenig in öffentliche Forschung. Welche fatalen Folgen das haben kann, hat die Ebola-Epidemie erst kürzlich gezeigt. Vor vier Jahren hatten wir die Bundesregierung bereits aufgefordert, die nichtkommerzielle klinische Forschung mit 500 Mio. Euro jährlich zu fördern und einen Förderschwerpunkt für vernachlässigte Krankheiten einzurichten. In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage stellte sich heraus, dass 2014 gerade einmal etwas mehr als 500 000 Euro öffentliche Gelder in die Ebola-Forschung flossen. Mit solchen Summen ist natürlich nichts zu erreichen in der Pharmaforschung.

So genannte Produktentwicklungspartnerschaften aus Wissenschaft, Industrie und Zivilgesellschaft, die auf non-profit-Basis an vernachlässigten Krankheiten forschen, haben sich als erfolgreich erwiesen. In der letzten Förderrunde von 2011-2015 hat die Bundesregierung dafür insgesamt 20 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Auch das bleibt weit hinter dem zurück, was Deutschland gemessen an seiner Wirtschaftskraft beitragen könnte. Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt lag Deutschland 2012 in puncto öffentlicher Investition in Forschung und Entwicklung vernachlässigter und armutsindizierter Krankheiten hinter Kolumbien und Indien auf Rang 12. Wieviel die Bundesregierung in der nächsten Förderrunde für Entwicklungspartnerschaften zur Verfügung stellen wird, ist trotz des bereits vorliegenden Evaluationsberichts bisher leider nicht genau bekannt.

Wenn die Bundeskanzlerin sich jetzt beim G7-Gipfel und der Weltgesundheitsversammlung als Vorkämpferin gegen vernachlässigte Krankheiten in Szene setzt, kann dies über die krassen Versäumnisse der Vergangenheit nicht wegtäuschen. Wenn sie jetzt endlich die Wichtigkeit des Aufbaus von öffentlichen Gesundheitssystemen in den Ländern des globalen Südens erkannt hat, ist das zwar ein Fortschritt. Die Forderung von Nichtregierungsorganisationen, mehr Geld für globale Gesundheit auszugeben, hat sie aber seit Jahren ignoriert. 0,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes sollen reiche Staaten dafür aufwenden. Die Ausgaben für globale Gesundheit betragen seitens Deutschlands zuletzt aber nur 0,03 Prozent. Das ist selbst im europäischen Vergleich nur absolutes Mittelmaß. Außerdem hat Deutschland seinen Finanzierungsbeitrag für die Weltgesundheitsorganisation WHO immer weiter zurückgefahren: von 33 Millionen Euro 2006 auf heute noch 24 Millionen Euro. Diese Bundesregierung ist mitverantwortlich dafür, dass die globale Gesundheitskrisenreaktion bei Ebola so schlecht aufgestellt war.

Es bleibt zu hoffen, dass diese Bundesregierung auch über wichtige Konferenzen und Gipfel hinaus auch langfristig endlich einen angemessenen Beitrag zur Bekämpfung vernachlässigter Krankheiten leistet. Am Ende ist und bleibt aber auch das beste Mittel gegen armutsindizierte Krankheiten der erfolgreiche Kampf gegen die Armut selbst. Die Bundesregierung jedoch betreibt sowohl national als auch international eine Politik der Umverteilung von unten nach oben. Sie bleibt deshalb trotz aller wohlklingender Maßnahmen und Gipfelankündigungen Teil des Problems, nicht der Lösung.

Der vorliegende Antrag beschränkt sich jedoch leider nur auf Detailfragen, ohne auf den grundsätzlichen Zusammenhang zwischen Armut und Krankheit näher einzugehen. Strategien, die den Kern der Problematik zu lösen suchen, enthält er leider nicht. Stattdessen macht er sehr viele Vorschläge zur Behandlung der Symptome. Da diese in weiten Teilen nicht falsch sind, werden wir mit Enthaltung stimmen.

**Der Entwicklungspolitische Rundbrief wird herausgegeben von:**

Heike Hänsel, MdB

Niema Movassat, MdB

Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE und Vorsitzende des Unterausschusses Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung

Sprecher für Welternährung, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutscher Bundestag

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

11011 Berlin

Telefon: 030 227-73179

Telefon: 030 227-71760

Fax: 030 227-76179

Fax: 030 227-76663

heike.haensel@bundestag.de

niema.movassat@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:

Mitarbeiter/innen:

Carlos Hainsfurth

Dr. Birgit Bock-Luna

Harald Neuber

Andreas Grünewald

Henning Zierock

Manuel Faber

Nicolai Röschert

Dr. Alexander King, Referent für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Telefon: 030 227-52802

alexander.king@linksfraktion.de